Stasi-Akten offenbar gefälscht

Domaschks Todesursache nach 36 Jahren weiter unklar

1981 kam der DDR-Oppositionelle Matthias Domaschk aus Jena in Stasi-Haft ums Leben. Die Stasi sprach von Selbstmord. Doch es gab Zweifel an dieser Version - Zweifel, die eine Arbeitsgruppe der Thüringer Staatskanzlei zwar nicht bestätigen konnte, aber weiter aufrecht erhält. Denn: Die Stasi-Akten von damals sind offenbar gefälscht.

Bildrechte: imago/epd

36 Jahre nach dem Tod des Jenaer DDR-Dissidenten Matthias Domaschk in Stasi-Haft bleiben die Todesumstände weiter unklar. Eine von Ministerpräsident Bodo Ramelow ins Leben gerufene Arbeitsgruppe kommt zwar zu dem Ergebnis, dass die Stasi damals die Akten zu dem Fall mit hoher Wahrscheinlichkeit gefälscht hat. Nach Angaben von Henning Pietzsch, Mitglied der Arbeitsgruppe und damaliger Freund von Domaschk, zeigen die Stasi-Akten, dass der darin dargestellte Ablauf der Ereignisse so nicht stattgefunden haben kann.

Die Arbeitsgruppe holte sich Rat beim Direktor des rechtsmedizinischen Instituts der Berliner Charité, Michael Tsokos. Er wertete die Fotos aus, die die Stasi von der Leiche von Domaschk gemacht hatte. Laut Tsokos geben die Fotos Hinweise darauf, dass Domaschk sich nicht - wie von der Stasi behauptet - erhängt hat. Die Strangulationsmerkmale an Domaschks Hals sprächen nicht für einen Suizid. Wie und wodurch Domaschk aber zu Tode kam, ist nach wie vor offen.

> *Wir sind drauf angewiesen, dass Menschen uns helfen, die Wahrheit herauszufinden.*
>
> Renate Ellmenreich, ehemalige Lebensgefährtin von Domaschk

Renate Ellmenreich, ehemalige Lebensgefährtin von Domaschk, forderte die heute noch lebenden Zeitzeugen - wie die Stasi-

Offiziere - auf, ihr Schweigen zu brechen und die Wahrheit über den Tod ihres Freundes ans Licht zu bringen. Der Chef der Stasi-Unterlagenbehörde, Roland Jahn, kritisierte die Partei Die Linke. Sie habe sich hier als SED-Nachfolgeorganisation bis heute nicht ihrer Verantwortung gestellt.

Offizielle Stasi-Variante: Suizid durch Erhängen

Die Stasi hatte 1981 behauptet, dass sich Domaschk erhängt habe. Am 10. April des Jahres war Domaschk gemeinsam mit seinem Freund Peter Rösch, genannt Blase, zu einer Geburtstagsfeier nach Berlin aufgebrochen. Zeitgleich fand in der Hauptstadt der zehnte SED-Parteitag statt. Die Sicherheitskräfte vermuteten, dass Domaschk und Rösch eine Störaktion planten; beide gehörten zur Jenaer Opposition. In Jüterbog holten sie die beiden aus dem Zug und brachten sie auf Umwegen ins Stasi-Gefängnis nach Gera. Was dann im Einzelnen geschah, wirft bis heute Fragen auf. Unter dem Druck der Ermittler unterschrieb Domaschk eine Verpflichtungserklärung zur inoffiziellen Mitarbeit für die Stasi. Nach rund 48 Stunden Stasi-Gewahrsam durfte er nach Hause gehen. Während des Wartens auf den Rücktransport nach Jena jedoch erhängte er sich an einem Heizungsrohr. So die offizielle Lesart.

Anfangsverdacht: "Freiheitsberaubung mit Todesfolge"

Matthias Domaschk.

Bildrechte: dpa

Die politische Wende 1989 ermöglichte eine juristische Aufarbeitung des Falles. Die Familie und die einstige Lebensgefährtin Renate Ellmenreich, mit der Domaschk eine Tochter hat, stellten Strafanzeige. Die Staatsanwaltschaft sah einen Anfangsverdacht der "Freiheitsberaubung mit Todesfolge". Sie stützte sich auf die verbliebenen Akten der Staatssicherheit. Dort fanden sie den Obduktionsbericht, Berichte, Fotos des Toten und auch die handschriftliche Verpflichtungserklärung Domaschks. Die Ermittler hielten die These von der Verpflichtung als mögliches Motiv für einen Selbstmord für plausibel. So auch die Aussagen der einstigen Stasi-Mitarbeiter und Vernehmer Domaschks. 1994 stellte die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen ein. Ein Prozess fand nicht statt.

Renate Ellmenreich gab sich damit nicht zufrieden. Über den Anwalt Wolfgang Loukidis beharrte sie auf vollständige Einsicht in die Justizakten und auf eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Dem wurde stattgegeben. Im zweiten Anlauf wurde jedoch der etwaige Verdacht eines Totschlags aufgegeben. Im Zentrum der Ermittlungen stand nun "nur noch" der Vorwurf einer Freiheitsberaubung. Domaschk war mehr als 24 Stunden "vorläufig festgenommen" worden – das widersprach selbst DDR-Recht, zumal Domaschk keine konkrete Straftat vorzuwerfen war. Und tatsächlich, nach jahrelangen Ermittlungen landete die Angelegenheit nun vor Gericht. Sechs einstige Stasi-Offiziere wurden zu Geldstrafen verurteilt. Unter ihnen Roland Peißker, der Vernehmer von Domaschk, einst Stasi-Leutnant. Er musste umgerechnet 1.000 Euro zahlen. Der Ex-Untersuchungsführer Dieter Strakerjahn bekam rund 1.200 Euro Strafe, der einstige Abteilungsleiter Horst Jürgen Seidel 2.000.

Ex-Stasi-Offiziere legen Einspruch gegen Geldstrafen ein

Nach dem Urteil legten zwei der einstigen Stasi-Offiziere Einspruch ein. Das war die Chance für einen erstmalig öffentlichen Prozess. Im September 2000 wurde die Sache Domaschk vor rund 50 Prozessbeobachtern erneut verhandelt. Renate Elmenreich trat neben der Staatsanwaltschaft als Nebenklägerin auf. Mit dem Argument, er habe nicht die gesamte Tatzeit über Dienst gehabt, konnte der einstige kommissarische Leiter der Stasi-Kreisdienststelle Jena, Herbert Würbach, das Gericht überzeugen. Würbach wurde von dem Verdacht der Beihilfe einer Freiheitsberaubung freigesprochen. Die Verurteilung des anderen Stasi-Offiziers, Horst Henno Köhler, wurde bestätigt. Mit diesem Prozess endete die juristische Aufarbeitung des Todesfalls Domaschks rund zehn Jahre nach der Wende.

Die Zweifel blieben. Vor allem bei Renate Ellmenreich. Sie besteht auf "das Menschenrecht", zu erfahren, was genau damals im Geraer Gefängnis geschah. Aus diesem Grund wandte sie sich an Bodo Ramelow nach dessen Wahl zum Thüringer Ministerpräsidenten. Der Linken-Politiker initiierte daraufhin eine Arbeitsgruppe, die das Schicksal Domaschks noch einmal unter die Lupe nehmen sollte. Im März 2015 nahm sie die Arbeit auf. Ihr gehören neben Elmenreich, der Landesbeauftrage für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Christian Dietrich, Vertreter der Staatskanzlei, der Rechtsanwalt Wolfgang Loukidis und der Historiker Pietzsch an.

Auch Peter Rösch, der einstige Mitbetroffene, gehörte bis zu seinem Tod im Mai dieses Jahres dazu.

AG Domaschk: Erste Bilanz deutet auf "Unfall" mit Todesfolge hin

Im April 2016 zog die Arbeitsgruppe erste Bilanz. Im Zwischenbericht heißt es: "Die Fakten deuten eher auf einen 'Unfall' mit Todesfolge und nachgestelltem Suizid oder auf eine 'ungewollte' Gewalthandlung durch MfS-Mitarbeiter hin". Der Historiker Pietzsch sagte, er gehe nicht davon aus, dass die Staatssicherheit den Tod Domaschks plante. Welchen Anlass sollte sie dazu gehabt haben? Jedoch sah Pietzsch Ungereimtheiten in den Unterlagen der Stasi. So, wie die Abläufe im Fall Domaschk geschildert wurden, können sie nicht stattgefunden haben, meinte er. Möglicherweise habe es doch einen Unfall gegeben, den die Stasi vertuschen wollte. Diese Widersprüche in den Akten hätte die Staatsanwaltschaft in den 90er Jahren aufdecken müssen.

Um sie zu klären führte die Arbeitsgruppe Gespräche mit weiteren Beteiligten. Auch ein Kriminaltechniker wurde dazu befragt. Wiederholt forderte die Arbeitsgruppe, dass die verantwortlichen Stasi-Offiziere aussagen. Der Stasi-Unterlagen-Beauftragte Roland Jahn schaltete sich ein: Die Beteiligten seien eingeladen zu sprechen. Das sei ein "Chance, eine Last von sich zu geben". Die beiden Gerichtsmediziner der Uni Jena, die Domaschk 1981 obduzierten, bestätigten die Todesursache des Erhängens. Auch wenn eine Fremdeinwirkung nie zu 100 Prozent ausgeschlossen werden könne – sie glaubten nicht daran.

In diesem Juni wäre Matthias Domaschk 60 Jahre alt geworden.

Über dieses Thema berichtet MDR THÜRINGEN auch im Programm:

MDR THÜRINGEN - Das Radio | Nachrichten | 17.06.2017 | 13:00 Uhr
MDR FERNSEHEN | MDR THÜRINGEN JOURNAL | 17.06.2017 | ab 19:00 Uhr

Zuletzt aktualisiert: 17. Juni 2017, 18:56 Uhr

Die Kommentierungsdauer ist abgelaufen. Der Beitrag kann deshalb nicht mehr kommentiert werden.

10 Kommentare

19.06.201718:43 **Richard Rumbold** 10

Letzter Akt von mir: Ich schlage eine unabhängige internationale Untersuchung vor. Bei der sogenannter Aufarbeitung ist soviel Geld sinnlos verpulvert worden, da sollten sich die Finanzen dafür auch noch auftreiben lassen. Die Mitglieder der AG haben Interessen, die sie nicht ausgewogen urteilen lassen können.

19.06.201718:13 **Richard Rumbold** 9

@8. Die Rechtsmediziner haben als Wissenschaftler auch einen Ruf zu verlieren. Strafrechtlich dürften bis auf Mord ohnehin alle Vorwürfe verjährt sein. Und warum sollten die Stasis mitziehen: Sagen sie nicht das, was man hören will, werden sie öffentlich fertiggemacht, sagen sie etwas in der gewünschten Richtung, auch.

18.06.201722:48 **Krause - "ich bin ja ein Nazi, aber"** 8

Zitat #7:
"Auch die Lebensleistung der Rechtsmediziner wird beschädigt. weil auf ihnen nun der Vorwurf lastet, nicht ordentliche Untersuchungen vorgenommen zu haben."

Wenn man davon ausgeht, daß Domaschk keinen Selbstmord begangen hat, ergeben sich - meistens - etwas andere Spuren als bei einem Mord.
Man kann das ja auch als 'Unfall mit Todesfolge' sehen... aber gerade dann wäre eine Aussage von 'Beteiligten' nötig, um diesen Unfall so darzustellen, wie er war. Und was hätte ein 'Beteiligter' bei einem Unfall zu fürchten? Maximal 'unterlassene Hilfeleistung'. Dafür kann man schon mal den Gram einer Geliebten über den Tod ihres Geliebten beseitigen.

18.06.201719:57 **Richard Rumbold** 7

Die Sache ist schon so schlimm genug. Mich stößt ab, dass diese tragische Geschichte einigen Leuten zur Profilierung dienen soll. Hier meine ich ausdrücklich Roland Jahn.Die Gerichte und die Staatsanwaltschaften haben in den 90er Jahren dazu umfänglich ermittelt und untersucht. Letztlich wird die Arbeit der Richter und Staatsanwälte ohne fundierte Argumente madig gemacht. Auch die

Lebensleistung der Rechtsmediziner wird beschädigt. weil auf ihnen nun der Vorwurf lastet, nicht ordentliche Untersuchungen vorgenommen zu haben. Für mich ist diese Sache ein Paradebeispiel dafür, wie die Aufarbeitung verkorkst wurde.

18.06.201712:57 **der_Silvio** 6

Eine 'richtige' juristische Aufarbeitung wird es nie geben.
Dazu sitzen noch zu viele der Verantwortlichen in zu hohen Positionen mit zu viel Einfluss.
Mit gesundem Menschenverstand betrachtet, wäre ein Suizid oder ein 'Unfall' sehr unwahrscheinlich, um es vorsichtig auszudrücken.
Man kann sich nur wünschen, um der Gerechtigkeit willen, daß die Wahrheit irgendwann ans Licht kommt.

18.06.201707:32 **Bernd** 5

Was mich wundert, da das öffentliche Verfahren im Jahr 2000 begann, die Geldstrafen demzufolge vorher ausgesprochen wurden dass diese dann in Euro ausgesprochen wurden, obwohl erst 2002 eingeführt.

Ansonsten wird dieser Prozess wohl nie den Spekulationsbereich verlassen.

17.06.201723:21 **part** 4

Da fragt man sich weshalb soll das MfS jemand verunfallen lassen, der bereits seine Mitarbeit erklärt hat. Ganz anders der Todesfall in der Polizeizelle in Dessau- Roslau, wo sich doch ein widerrechtlich Festgenommener angeblich selbst verbrannt haben soll nachdem bei Ihm eine Fraktur der Nase und kein Ruß in der Lunge festgestellt wurde, sowie andere Ungereimtheiten auf die die leitende Staatsanwaltschaft bis heute ungenügende Reaktionen zeigt.

17.06.201717:27 **wusch** 3

Was soll dieser Ellenlange Artikel nun beweisen ?Sind wir schon im Sommerloch angekommen.
Wenn es klare Hinweise gibt,dann berichtet.
Aber so-eher Populismus.

17.06.201716:45 **Keiner war dabei und keiner hat etwas getan** 2

Der Vorgang zeigt doch nur wieder mal den ganzen Charakter dieses durch und durch gangsterhaften Regimes auf.

17.06.201715:26 **Krause - "ich bin ja ein Nazi, aber"** 1

Ich denke, es müssen schon sehr ungünstige Umstände aufeinander treffen, damit man sich 'aus Versehen' in einer Gefängniszelle erhängen kann.

Nur die, die in die Situation involviert waren, können über den tatsächlichen Verlauf Auskunft geben. Wenn sie sich mit ihrer Aussage selbst belasten würden, ist es 'nachvollziehbar', warum sie nicht dementsprechend aussagen.

Fr. Ellmenreichs Bestehen 'auf das Menschenrecht' zu erfahren, was wirklich passiert ist, kann man nur unterstreichen und unterschreiben. Die Ungewißheit darüber ist eben nicht nur eine 'einmalige Nichtinformation', sondern ein fortwährendes 'Fragen und Nagen'. Etwas, was den Frieden raubt. Eigentlich eine 'fortgesetzte Tat', bis eine solche Aussage vorliegt.